



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21

3011 Bern

rahel.estermann@gruene.ch

031 326 66 15

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Frau Bundesrätin Viola Amherd
3003 Bern

per E-Mail an:

patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch

Bern, 18. August 2021

Sicherheitspolitischer Bericht 2021: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Der Sicherheitspolitische Bericht 2021 geht aus Sicht der GRÜNEN das Thema Sicherheit mit einem zu engen Blick an. Der Bericht postuliert noch mehr teure Sicherheitsinfrastruktur und Aufrüstung, noch mehr grundrechtsbeschneidende persönliche Überwachung zur Gefahrenabwehr – anstatt nachhaltig wirkende umweltpolitische und gesellschaftliche Massnahmen in den Bereichen Klimaschutz und -anpassung, Pandemie-Bekämpfung, Medienpolitik und digitale Souveränität vorzuschlagen. Wie der Bund aus seiner eigenen Analyse im Bericht den Schluss ziehen kann, dass die Schweiz 36 hochgerüstete amerikanische F-35-Kampffjets braucht, erschliesst sich uns GRÜNEN nicht. Fast keine Priorität liegt auf dem grössten Sicherheitsrisiko für die Schweizer Bevölkerung: den Naturgefahren. Auch die soziale Sicherheit durch Gleichberechtigung, Integration und ein soziales Netz geniesst viel zu wenig Stellenwert. Es fehlt eindeutig eine friedenspolitische Gesamtstrategie. Wir führen diese Punkte im Folgenden im Detail aus.

Schutz vor Naturgefahren

Der Sommer 2021 mit häufigen Extremwetterlagen (starke Niederschläge und Gewitterfronten in der Schweiz, Rekord-Hitzewellen weltweit) ist das beste Beispiel dafür, dass die grösste Bedrohung für die Schweizer Bevölkerung die Naturgefahren sind. Sie verursachen grosses menschliches Leid und teure Schäden. Diese Ereignisse werden in den nächsten Jahren leider aufgrund der Klimaerwärmung häufiger auftreten. Dasselbe gilt für die steigende Gefahr von Strommangellagen und Pandemien durch Zoonosen. Über 8000 Tote in der Schweiz durch die Corona-Pandemie zeigen die grosse und weiter zunehmende Gefahr auf, welche davon ausgeht. Wir können es deshalb absolut nicht nachvollziehen, dass die Klimaerwärmung und das Zusammenleben mit der Natur nicht als «Globaler Trend mit sicherheitspolitischer Bedeutung» (Kapitel 2.1) aufgeführt sind. Auch im Abschnitt zur

Bedrohungslage (2.3) geniessen Naturereignisse nur einen kleinen Stellenwert. Wir fordern (in Ergänzung zu Ziel 8), dass die Bekämpfung der Klimaerwärmung sowie die Anpassung an den Klimawandel und entsprechende Infrastruktur zum Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren eine viel höhere Priorität erfahren. Insbesondere Vorschläge für den Schutz vor Hitzewellen fehlen – dabei kostet ein Hitzesommer potenziell tausende Leben in der Schweiz. Der Bund sollte hier noch stärker eine koordinierende und unterstützende Rolle zwischen Kantonen und Gemeinden einnehmen. Die Schweiz muss zudem auf internationaler Ebene mit einem ambitionierten Netto-Null-Ziel vorangehen und sich weltweit für einen griffigen Naturschutz einsetzen. Ebenso gilt es, sicherheitspolitische Lehren aus der Corona-Pandemie (beispielsweise in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen) zu ziehen und mehr Ressourcen für einen besseren Schutz vor Pandemien zu investieren. Wir begrüssen insbesondere, wenn die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Expert*innen besser institutionalisiert wird. Die Massnahmen-Vorschläge in diesem Bereich (Abschnitte 2.4.8 und 2.4.9) sind entsprechend unseren Ausführungen in diesem Absatz anzupassen und zu ergänzen.

Auswirkungen des technologischen Fortschritts: Cyberbedrohungen und Desinformation

Wir begrüssen, dass die Lageanalyse den technologischen Fortschritt in den Blick nimmt und auf seine negativen Auswirkungen auf die Sicherheit hin abklopft. Genauso wie Technologien emanzipatorisch wirken können, bilden sich daraus neue Gefahren und Konfliktformen. Leider zieht der Bund aus der Analyse keine folgerichtigen Schlüsse: Die Schutz-Infrastruktur wird auf klassische Kriegsformen und Abschreckungsstrategien (beispielsweise durch Kampfjets) ausgelegt, hingegen fehlt beispielsweise eine Drohnenabwehr – obwohl der Bericht genau diese als neue Angriffsform anerkennt, wogegen klassische Abschreckung nichts nützt (Abschnitt 2.1.5). Wir staunen doch sehr darüber, wie die Schweizer Armee demnächst viele Milliarden Franken für 36 hochgerüstete Tarnkappen-Kampfjets ausgeben will, wo sie doch selbst ein Angriffsszenario als «nicht wahrscheinlich» (S. 17) erachtet. Entsprechend ist der Umsetzungsvorschlag unter 4.2.3 in diesem Sinne zu überarbeiten.

Wir würden es zudem begrüssen, wenn der Bund den Trend hin zur grösseren Bedeutung von Social-Media-Plattformen für die gesellschaftliche Informationsvermittlung und Meinungsbildung noch aufmerksamer beobachtet und wo nötig Leitplanken festlegt. Wie man inzwischen weiss, sind die grössten Gefahren daraus gezielte Desinformation («Fake News»), intransparente Werbung sowie eine niedrige Qualität der konsumierten Informationen. Die wichtigste Gegenmassnahme besteht in einer Stärkung der Medienqualität, mehr Medienvielfalt und einem niederschweligen Zugang zu journalistischen Angeboten. Ausserdem braucht es Transparenz in der Finanzierung von politischer Werbung auf Social-Media-Plattformen – die heutige Dunkelkammer ermöglicht es nämlich, dass ausländische Akteur*innen unbemerkt Desinformations-Kampagnen fahren können. Der Umsetzungsvorschlag unter Abschnitt 4.2.4 soll entsprechend ergänzt werden.

Der Bericht geht zudem mehrmals auf die drohende neue Bipolarität USA/China in den technologischen Infrastrukturen ein. Wir teilen diese Analyse, ziehen aber daraus die Schlussfolgerung, dass es für die Sicherheit der Schweiz nötig ist, vermehrt in die eigene digitale Souveränität zu investieren. Der Bund soll wo immer möglich selbst Infrastrukturen aufbauen oder diese zusammen mit starken europäischen Partnern vorantreiben. Für einen besseren Schutz vor Cyber-Bedrohungen (Ziel 5) soll er dabei die Chance der Vernetzung nutzen: Die Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft macht Software resilienter – beispielsweise durch das Open-Source-Prinzip. Die GRÜNEN fordern, die

Umsetzung unter 4.2.5 dementsprechend mit Überlegungen zur digitalen Souveränität zu ergänzen.

Internationale Zusammenarbeit

In einer unsicheren Welt sind Kooperation und friedenspolitische Zusammenarbeit mit Verbündeten für die Schweiz besonders wichtig. Aufgrund unserer Werthaltungen ist klar, dass unsere Partner dafür in europäischen Ländern zu finden sind sowie internationale Organisationen wie die UNO und die OSZE umfassen, welche sich für die Menschenrechte einsetzen. Wir begrüßen, dass dies auch der Bund explizit in seinen Prinzipien festhält (Abschnitt 3.1). Umso erstaunter sind wir (erneut) darüber, dass mit dem geplanten Kauf des F-35 die Schweiz ein Teil des US-amerikanischen Militärsystems werden will – obwohl der Bericht selbst die Rolle der USA kritisiert (unilaterales Handeln, Durchsetzung machtpolitischer Interessen). Aus Sicht der GRÜNEN sollte die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Abhängigkeiten von den USA verringern, und nicht vergrössern. Stattdessen braucht es eine friedenspolitische, auf der Basis der Menschenrechte basierende Zusammenarbeit mit Europa, etwa im Bereich Luftpolizei. Die GRÜNEN unterstützen zudem die Schweizer Kandidatur für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat (Abschnitt 4.2.2); sie soll dazu genutzt werden, als neutrales Land die Menschenrechte international zu stärken. Gleichzeitig erwarten wir, dass der an derselben Stelle gepriesene Einsatz für Abrüstung und Rüstungskontrolle kein Papiertiger bleibt. So hat die Schweiz den Atomwaffenverbotsvertrag noch immer nicht ratifiziert. Ebenso muss sich die Schweiz für einen internationalen Vertrag einsetzen, der den Einsatz von «lethal autonomous weapon systems» (autonome Waffensysteme, die teilweise oder ganz maschinell gesteuert sind, auch als «Killer Robots» bekannt) stark einschränkt.

Innere Sicherheit

Wir stehen dem Ausbau des Nachrichtendienstes, der Identifizierung und präventiven Bekämpfung von Gefährder*innen, der Vernetzung von verschiedenen Datenbanken der Sicherheitsorganisationen sowie der zunehmenden Überwachung mithilfe von Daten ablehnend gegenüber (Abschnitt 4.2.1). Der Bund (und die Kantonspolizeien) verfügt diesbezüglich bereits heute über umfassende Möglichkeiten, welche ein Klima des Misstrauens schüren und die Grundrechte von Betroffenen unverhältnismässig einschränken (wobei das PMT nur das jüngste Beispiel einer langen Reihe ist). Stattdessen sollen die weiteren Massnahmen gegen Extremismus und Radikalisierung dort ansetzen, wo sie nachhaltig sind: Bemühungen für die gesellschaftliche Integration und mehr Dialog, Chancengerechtigkeit im Bildungswesen, die Bekämpfung von Fake News auf Social-Media-Plattformen (siehe oben), aber vor allem auch ein leistungsfähiges System für die Soziale Sicherheit sind die Grundlagen einer friedlichen Gesellschaft.

Insgesamt ergibt sich aus dem Bericht das Bild einer Sicherheitspolitik, welche ausser Acht lässt, dass Sicherheit in der Schweiz mehr mit einer intakten Umwelt, einer gleichberechtigten Gesellschaft und Offenheit für die internationale Zusammenarbeit zu tun hat, als mit einer grossen Armee und zahlreichen Kampfjets. In diesem Sinne ist es aus Sicht der GRÜNEN angezeigt, eine friedenspolitische Gesamtstrategie zu entwickeln, welche diese Aspekte mit einbezieht.

Wir danken Ihnen, Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts in diesem Sinne.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Rahel Estermann
stv. Generalsekretärin, Leiterin Politik